Nummer 428

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: i. V. Wilh. Steneberg, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Mittwoch, 12. September 1928

Kompromißgefahr in der Räumungsfrage?

In Genf ist heute Verhandlungspause insofern, als die offiziellen Verhandlungen über die Rheinlandräumung erst morgen fortgesetzt werden. So viel man — natürlich aus Pariser und Londoner Zeitungen — erfährt, haben in der gestrigen ersten Konferenz der deutsche Standpunkt und der französische Standpunkt einander gegenübergestanden. Offenbar ist die heutige Pause eingeschoben, um Möglichkeiten für die Fortsetzung der Verhandlungen für die Angleichung des einen Standpunktes an den anderen zu sondieren. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die deutschen Vertreter sich von ihrer Basis entfernen und den Franzosen unter Preisgabe des deutschen Prinzips „feine Verbindung zwischen Reparationen und Rheinlandräumung" entgegenkommen könnten. In der deutschen Linkspresse wird bereits, wie immer in solchen Augenblicken, für deutsches Nachgeben Stimmung gemacht. Man solle nicht auf Prinzipien herumreiten, und es würde ja schließlich genügen, wenn man sich den deutschen Grundsatz äußerlich von dem Gegner als richtig bescheinigen ließe, tatsächlich aber in die Verhandlungen, in denen die beiden Probleme miteinander verbunden werden, eintrete. Gegen diese, leider nicht überraschende Einstellung kann nicht scharf genug protestiert werden. Denn wenn Deutschland die Rheinlandräumung mit der Erörterung der Reparationszahlungen in einem faktischen Zusammenhang bringen läßt, so verläßt Deutschland damit die Basis, die ihm Vertrag, Recht und Moral geben. Frankreich will mit Unterstützung Englands Festsetzung der deutschen Reparationsschuld unter gleichzeitiger Neuregelung der interalliierten Schulden, und als Folge einer solchen Regelung die Zurückziehung der Besatzungstruppen. Wenn wir über diese Thesen verhandeln so geben wir den bisherigen deutschen Standpunkt preis, daß nach dem Vertrage von Versailles die Räumung, und zwar die vorzeitige Räumung, bei pünktlicher Erfüllung der Vertragsverpflichtungen zu geschehen hat, und daß darüber hinaus der Vertrag von Locarno diese vorzeitige Räumung moralisch bedingt. Verhandeln wir auf Grund der französischen These, so erkennen wir an, daß das besetzte Gebiet Pfand für die deutschen Reparationsschulden und womöglich Pfand bis zur Erledigung der Reparationsschulden ist. Die ungeheure Gefahr, die darin und besonders im letzteren liegt, braucht nicht näher erläutert zu werden. Ausschlaggebend kommt hinzu, daß für alle derartigen Kombinationen die Vereinigten Staaten der maßgebende Faktor sind. Die offiziellen und offiziösen Organe Washingtons haben aber, seit jene französische These auftauchte und debattiert wurde, unmißverständlich erklärt, daß sie an ihr desinteressiert sind.

Die Forderungen der Alliierten.

London, 12. September.

Pertinax meldet dem „Daily Telegraph" aus Genf, die Aussichten für ein schließliches Einvernehmen schienen den fünf Unterhändlern, die gestern in Lord Cushendons Zimmer über das Rheinlandproblem berieten, im großen und ganzen günstig. Briand habe die Gelegenheit ergriffen, um seine vorgestrige Rede zu erklären und alle Ursachen für eine Verstimmung auf Seiten der Deutschen zu beseitigen. Reichskanzler Müller habe erneut auf das auf Artikel 431 des Versailler Vertrages gestützte moralische Recht Deutschlands auf eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes hingewiesen. Es scheine allgemeine Uebereinstimmung darüber zu herrschen, daß die Räumung, wie sie von Deutschland gewünscht werde, durchgeführt werden könne, vorausgesetzt, daß Deutschland weitere Garantien für die künftige Durchführung des Dawesplans gebe. Es sei nicht leicht zu sehen, welche Gestalt diese Garantien annehmen könnten, da Amerika an der Regelung nicht teilnehmen könne. Es werde angenommen, daß trotzdem die fünf Mächte eine gemeinsame Aktionslinie für die schließliche Lösung des Problems der Kriegsschulden, sobald Amerika geneigt sei, es neu zu erwägen, beschließen würden. Briand werde wahrscheinlich unter dem Einfluß Paul-Boncours auf der Errichtung irgendeiner Form internationaler Kontrolle des entmilitarisierten Rheinlandes bestehen. Es sei jedoch zweifelhaft, ob Fortschritte in dieser Richtung erzielt worden könnten.

Es werde gemeldet, daß der deutsche Reichskanzler gestern erklärt habe, daß, als er den Ausdruck „unaufrichtige Politik" letzten Freitag gebrauchte, er damit nicht auf Briand Bezug nehmen wollte. Trotz des Optimismus der Unterhändler erklärten zuständige Personen, sie seien nicht in der Lage zu sehen, welche Art von finanziellen Kompensationen von den Deutschen im Austausch für das, was sie verlangten, angeboten werden könne.

Unterredung zwischen Briand und Cushendun.
Ende der Woche Abreise des Reichskanzlers.

TU **Genf**, 12. September.

Mittwochvormittag fand eine längere Unterredung zwischen Briand und Lord Cushendun statt. In dieser Aussprache dürfte ausschließlich die Rheinlandfrage behandelt worden sein. Briand wird am Donnerstag nach Paris zurückfahren; ob und wann er nach Genf zurückkehrt, steht noch nicht fest. Reichskanzler Müller wird Ende dieser Woche, voraussichtlich am Freitag oder Sonnabend, nach Berlin zurückkehren. Auf der Rückreise wird er voraussichtlich in Baden-Baden mit Dr. Stresemann ein Zusammentreffen haben. Es besteht der Eindruck, als ob in den gegenwärtigen Verhandlungen auch die Frage der Rückkehr des Saargebiets an Deutschland eine Rolle spiele.

Seipel in Genf.

Um die Neugestaltung Mitteleuropas.

Von

Austriacus.

Genf, im September.

Die Rheinlandräumung ist nicht die einzige Frage, die in diesen in jedem Sinne des Wortes glutheißen Genfer Tagen entschieden — oder nicht entschieden wird. Sie ist die wichtigste, ohne Zweifel. Aber gerade für das deutsche Volk ist auch neben diesem Zentralproblem unserer Politik der Kleinkrieg um die Neugestaltung Mitteleuropas von Bedeutung, der jetzt im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel in Genf hier ausgetragen wird.

Es geht um viel mehr als um die kreditpolitische Befreiung Oesterreichs: geht um die Einkreisung Deutschlands, die gewisse Mächte als Entgegenkommen für finanzielle Nachgiebigkeit gegenüber den österreichischen Wünschen gern nach Hause bringen möchten. Diese gewissen Mächte — das sind die Machthaber der Kleinen Entente. Es ist kein Zufall, daß sie unmittelbar nach der ersten Besprechung zwischen Briand und Hermann Müller eine geheime Kollektivdemarche beim französischen Außenminister unternahmen. Sie fürchteten um ihre durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit künstlich aufgeplusterte Bedeutung, wenn es tatsächlich zu einer deutsch-französischen Annäherung kommen sollte — eine Gefahr, die heute allerdings in weitere Fernen gerückt erscheint denn je — und möchten darum, selbst wenn der Ring vom Westen her gesprengt werden sollte, ihn vom Süden und Osten enger um Deutschland schließen, um so den status quo aufrechterhalten, also die Verewigung der durch die Zwangsfriedensverträge geschaffenen Verhältnisse zu sichern. Dieses Bestreben liegt ihren Aussprachen mit dem österreichischen Bundeskanzler zu Grunde und darum sind diese, nicht nur vom österreichischen, sondern vom gesamtdeutschen Standpunkt besonders wichtig.

Um es gleich vorwegzunehmen: Sie stoßen in der Verfolgung ihrer durchsichtigen Ziele bei Dr. Seipel nur auf ein sehr geringentwickeltes Verständnis. Der Bundeskanzler ist natürlich nicht in der Lage, sich Aussprachen über die „Anschlußgefahr" zu entziehen, die von allen seinen Verhandlungspartnern immer wieder zur Diskussion gestellt wird. Er gibt auch höchst beruhigende Erklärungen ab, etwa in dem Sinne, daß der Anschluß kein Problem der aktiven Politik Oesterreichs oder Deutschlands sei und daß auch keine Geheimabmachungen in dieser Richtung bestehen, deren Vorhandensein in der französischen und tschechischen Presse regelmäßig wie die Seeschlange friedlicherer Tage gemeldet wird. Darüber hinaus ist er jedoch — und das ist in jeder seiner Erklärungen, in seinen offiziellen genau so wie in den vertraulichen, deutlich genug zum Ausdruck gekommen — für Verpflichtungen und Bindungen nicht zu haben. An eine Einbeziehung Oesterreichs in den Kreis der Kleinen Entente, die vor einigen Wochen noch Herr Benesch auf der Bukarester Tagung mit gar nicht zu sanfter Gewalt erzwingen wollte, denkt heute wohl auch dieser geschäftstüchtigste aller politischen Reisenden nicht mehr.

Das Ziel von Dr. Seipels Genfer Reise war es, wie an dieser Stelle vor einiger Zeit auseinandergesetzt wurde, Oesterreich eine gewisse Erleichterung in seiner kreditpolitischen Situation zu verschaffen. So lange die Verhandlungen in dieser Richtung noch nicht abgeschlossen sind, läßt sich nicht sagen, wie weit dieses Ziel erreicht wurde. Heute schon kann man feststellen, daß die formelle Befreiung Oesterreichs von seinen unerträglichen Bindungen nicht zu erreichen sein wird. Insbesondere an eine Streichung der Reparationsschulden, die dem Lande noch immer fiktiv aufgelastet werden — obwohl jeder Mensch mit fünf Sinnen weiß, daß sie uneinbringlich sind, und obwohl nirgends die Absicht besteht, sie einzutreiben — ist so lange nicht zu denken, als nicht das Gesamtproblem der internationalen Reparationsverpflichtungen und der interalliierten Schulden geregelt ist, was natürlich noch seine gute Weile haben muß. Die sozialistische Opposition, die in Oesterreich ihren Kampf mit besonders gehäßigen Mitteln führt, wird aus dieser Tatsache natürlich einen Mißerfolg der Genfer Reise des Bundeskanzlers herauskonstruieren wollen. Um so deutlicher sei darum festgestellt, daß ein derartiges unerreichbares Ziel ihr keineswegs zu Grunde lag. Unter den gegebenen Verhältnissen liegt die einzige Erfolgsmöglichkeit darin, durchzusetzen, daß die verschiedenen internationalen, richtiger: interalliierten Instanzen, von deren Erlaubnis immer noch jeder kreditpolitische Schritt Oesterreichs abhängt, diese Erlaubnis nicht in alle Zukunft immer wieder zum Anlaß von politischen Erpressungen machen, wie dies so häufig namentlich von Prag und Rom aus geschah, sondern daß diese Erlaubnis in Zukunft und auch schon, was die Investitionsanleihe betrifft, nur von sachlichen Gesichtspunkten abhängig gemacht wird. Sachliche Gründe können für eine Einengung der kreditpolitischen Freiheit Oesterreichs natürlich um so weniger ins Treffen geführt werden, als das Land nicht nur seine Völkerbundanleihe regelmäßig verzinst und amortisiert, sondern auch jetzt schon mit der Rückzahlung der Reliefschulden, also der Schulden für die in den ersten Jahren bezogenen Lebensmittel, beginnen wird, obwohl diese Verbindlichkeiten erst im Jahre 1943 fällig werden. Oesterreich zeigt sich bei aller wirtschaftlichen Not als ein

Der verdächtige Geheimpakt.

Rückwirkung in Washington und Moskau.

Herr Kellogg ist von seiner Pariser Reise heimgekehrt und wenn er auch — wahrscheinlich auf direkte Weisung von Coolidge — sich in seinen Worten nach außen größte Zurückhaltung auferlegt hat, so ist doch das amerikanische Interesse an den Vorgängen in Paris, London und Genf neubelebt worden. Das heißt natürlich, man will unter allen Umständen über das englisch-französische Marineabkommen Klarheit gewinnen, um danach die gesamte amerikanische Europapolitik einzurichten. Die „New York Sun" erklärt ganz offen, daß sehr viele Leute eben geheime Vereinbarungen außerhalb des Vertrages zwischen London und Paris argwöhnen. Die Entente, die Frankreich und England lange vor dem Weltkriege verbunden habe, sei ja gleichfalls aus solchen privaten Abmachungen hervorgegangen.

Die Frage, ob eine neue Entente bestehe, sei nicht zur Zufriedenheit der Zweifler beantwortet worden. Unbestimmte Erklärungen, wie die Briands, könnten nicht als Antworten ausgelegt werden. Amerika habe hauptsächlich dafür Interesse, ob England Frankreich bewogen habe, den englischen Plan für die Beschränkung der Kreuzertonnage durch ein internationales Abkommen zu unterstützen. Der Verdacht, daß England und Frankreich übereingekommen seien, die Rüstungsbeschränkung mit Bedingungen zu verknüpfen, denen Amerika nicht zustimmen könne, sei in autoritativen Kreisen Amerikas nicht geäußert worden, aber es gebe amerikanische Bürger, die diese Möglichkeit erwägen.

Ebenso erklärt die „Evening Post", die englisch-französische Geheimtuerei müßte aufgeklärt werden, wenn der Senat den Kellogg-Pakt ratifizieren sollte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Präsident Coolidge schon in nächster Zeit ganz offiziell die Veröffentlichung des Abkommens in London und Paris verlangen wird. Wie die Regierungen darauf antworten wollen, muß abgewartet werden. Ganz ersichtlich besteht in England eine starke Abneigung gegen eine einseitige Bindung nach Frankreich hin, die das amerikanische Mißtrauen unheilbar machen würde. Offenbar steht auch die schon vielbesprochene Umbildung des englischen Kabinetts mit der Absicht im Zusammenhange, den Vereinigten Staaten entgegenzukommen, was am besten durch neue unbelastete Männer in der Regierung geschehen kann. Wie der „Daily Telegraph" erfährt, würde diese Umbildung zwar erst kurz vor den Neuwahlen im nächsten Jahre erfolgen. Aber es wird immer unwahrscheinlicher, daß Chamberlain noch einmal auf seinen Posten zurückkehrt und der Rücktritt des ersten Marinelords Bridgman, wie auch von Lord Birkenhead und dem Innenminister Johnson Hicks wird ja schon seit Wochen erörtert.

Englische Blätter sprechen ganz unverhohlen davon, daß dem Kabinett eine gewisse Blutauffrischung durchaus nötig sei. Und das gilt nicht nur im Hinblick auf Washington, sondern auch für die innere Wahlkampagne und vielleicht darüber hinaus für die englische Europapolitik. Ueber eine wesentliche Aenderung der englischen Haltung in den Deutschland angehenden großen Fragen dürfen wir uns freilich ja keinerlei Illusionen hingeben. Zumal in der englischen Industrie und Geschäftswelt die mißtrauische Rivalität gegen Deutschland womöglich wieder zunimmt, was in den Wahlprogrammen der Parteien als neue Schutzforderungen für die „nationale Arbeit" zum Ausdruck kommen dürfte.

Dunkel ist immer noch die englische Einstellung zu Sowjetrußland. Die Vermutung, daß bei dem Abkommen mit Frankreich auch der Gegensatz zu Rußland eine Rolle gespielt hat, kann nicht mehr von der Hand gewiesen werden. In Moskau zieht man daraus auch bewußt die Konsequenzen, und die ungeschickte Drohrede Briands in Genf läßt Herrn Tschitscherin lebhafter als seit langem an die Möglichkeit einer europäischen Umgruppierung denken. Begeichnend ist, daß die Sowjetpresse über die Rede Briands ausführliche Berichte bringt und ihre Bedeutung darin sieht, daß eine deutsch-französische Einigung nun wieder in weite Ferne gerückt sei. Außerdem habe Briand aber auch das Ansehen des Völkerbundes erheblich geschädigt. Und zwischen den Zeilen liest man die Einladung an Deutschland heraus, die Blicke wieder mehr nach Osten zu wenden, nachdem der Westkurs sich als ungangbar erwiesen habe. Als weitere Folgerung des englisch-französischen Paktes will man in Moskau nach dortigen Berichten aber auch die Beziehungen zu Italien mehr ausbauen. Wie man meint, habe Italien jetzt ein Interesse daran, seine Politik Rußland gegenüber zu ändern, da die neue Entente sich hauptsächlich auch gegen Italien richte.

Von größter Wichtigkeit wird natürlich die Nachfolge des verstorbenen Grafen Brockdorff-Rantzau sein. Die Moskauer „Iswestija" betont in einem sympathischen Nachruf, dieser deutsche Botschafter habe bewiesen, daß eine Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union nicht nur möglich sei, sondern politischen und wirtschaftlichen Nutzen für diejenigen Länder bringe, die engere Beziehungen zu Rußland aufnehmen.

Uebrigens ist in verschiedener Hinsicht eine Meldung aus Kanada nicht uninteressant, die ebenfalls die Beziehungen zu Rußland betrifft. In dem kanadischen Rat für Handel und Arbeit war danach ein Antrag eingebracht, der die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu der Sowjet-Union und die Gewährung von Krediten dafür forderte. Mehrere Delegierte traten für die Annahme des Antrages ein, der aber schließlich diesmal noch unter Hinweis auf die Umtriebe der kanadischen Kommunisten abgelehnt wurde.

Man sieht auch aus dieser Meldung, wieviel Interesse in der Welt für den russischen Markt und die russische Zukunft besteht, andererseits, wie unabhängig man in den großen Dominions auch in Einzelfragen sich von London fühlt.

—h.

Auch Litauen rechnet mit Ostorientierung Deutschlands.

OE **Kowno**, 12. September.

Der offiziöse „Lietuvos Aidas" beschäftigte sich bereits seit einiger Zeit immer wieder mit dem Thema der „Locarno-Krise". In Kowno erhoffte man einerseits von einer deutsch-französischen Verständigung eine Befriedung Europas und damit auch eine Verminderung der polnischen Gefahr für Litauen. Andererseits werden aber auch Stimmen laut, die die Meinung vertreten, daß „Litauen für Deutschland nur ein Tauschobjekt ist", welches Deutschland bei der endgültigen Verständigung mit Frankreich fallen lassen würde. Die litauischen Politiker, welche diese Ansicht vertreten, begründen die durch Briands Rede entstandene Spannung zwischen Deutschland und Frankreich, rechnen auf eine Ostorientierung Deutschlands und damit auf eine Förderung der litauischen Interessen. Der offiziöse „Lietuvos Aidas" sieht die Vermittlung zwischen der Sowjetunion und Amerika als eine neue Aufgabe der deutschen Außenpolitik an.

Wirtschaftsfragen in Genf.

Genf, 12. September.

Die Arbeiten der Völkerbundsversammlung vollzieht sich in den nächsten Tagen ausschließlich in den sechs Versammlungsausschüssen. Heute vormittag traten der erste, zweite und sechste Versammlungsausschuß zusammen. Der erste Ausschuß (Rechtsfragen) setzte die Erörterung über die für das nächste Jahr geplante internationale Juristenkonferenz zur fortschreitenden Kodifizierung des Internationalen Rechts fort. Der zweite Ausschuß begann mit der Beratung des Tätigkeitsberichts des Wirtschaftskomitees, wobei der französische Industrielle Loucheur gewissen, hauptsächlich von italienischer Seite geäußerten Bedenken Rechnung trug, indem er erklärte, daß die wirtschaftlichen Aktionen des Völkerbundes nicht dadurch gefährdet werden dürfen, daß die auf die Weltwirtschaftskonferenz zurückgehenden wirtschaftlichen Untersuchungen auf zu viel Materien ausgedehnt würden. Loucheur setzte sich jedoch gleichzeitig mit großem Nachdruck für die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung des Zucker- und Kohlenproblems im Interesse der Verbraucher- und Erzeugerstaaten ein. Der Vorschlag Loucheurs fand den Beifall Belgiens und Polens. Auch Italien sprach sich nicht grundsätzlich dagegen aus. Ob eine grundsätzliche Aussprache schon in dieser Tagung erfolgen wird, ist noch unbestimmt. Auch sind noch keine finanziellen Mittel für die Einleitung der nötigen wirtschaftlichen Vorarbeiten und Untersuchungen im Haushaltsplan eingestellt. Procope-Finnland beantragte eine ähnliche Untersuchung über den internationalen Holzmarkt. Serrugs-Frankreich kam im weiteren Verlauf der Beratung über den Tätigkeitsbericht des Wirtschaftskomitees auf die im Juli dieses Jahres zustandegekommene Konvention zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote zu sprechen und wies darauf hin, daß zum Beispiel durch die Abschaffung des deutschen Einfuhrverbots für Aluminium die Frage aufgetaucht werde, ob Deutschland, das bisher keine Einfuhrzölle auf Aluminium hat, einen Aluminiumzoll einführen oder ob die übrigen Staaten ihre bestehenden Einfuhrzölle abschaffen werden.